

Editorial

Gehen ENTEIGNEN und KLIMASCHUTZ zusammen?

Wir reden: Von der Energiewende, der Klimawende mit den entsprechenden behördlichen Auflagen, von Abriss und Neubau, nach Ahrweiler auch von klimagerechtem Bauen und nun auch noch, von Berlin ausgehend, von Enteignung von Wohnungsunternehmen und Genossenschaften.

Viele Köche köcheln ihr Süsschen, verlieren den Blick für das eigentliche gemeinschaftliche Ziel aus den Augen: möglichst schnell klimagerechte, für alle bezahlbare Wohnungen in Bestand und Neubau schaffen.

Wenn das unsere Basis ist, haben wir in dieser Ausgabe drei Beispiele von Wohnungsunternehmen, die das schon MACHEN. Das vierte Beispiel ist der Versuch, es zu verhindern.

Beispiel 1: In Bremen hat die GEWOBA die ehemaligen Hess-Kinderklinik mit rund 8.700 Quadratmeter Fläche plus Park gekauft. Bis 2028 entstehen in dem Gebäude 58 preisgebundene Wohnungen, bezahlbar und, barrierefrei. Ferner zieht eine Kita und eine Tages- und Nachtpflege-Einrichtung ein. Was sonst noch geplant ist, lesen Sie ab Seite 15.

Beispiel 2: In der Bremer Überseestadt verwirklicht die LEG modernes, nachhaltiges Wohnen und schafft somit dringend benötigte, bezahlbare Wohnungen und dies im Herzen der Stadt. Lesen Sie ab Seite 17.

Beispiel 3: Die Spremberger Wohnungsbaugenossenschaft eG (SWG) hat ihren denkmalgeschützten Gebäudekomplex am Bahnhofsvorplatz in den letzten Jahren saniert. Holzfenster statt Kunststoff, spezielle Dämmung auf die Denkmalfassade und vieles mehr. Das Ergebnis: u.a. CO₂-Reduzierung um insgesamt rund 50 Prozent und eine Anerkennung durch das September-Siegel 2021 „Gewohnt gut“ des BBU. Übrigens, die SWG hat zum dritten Mal die Auszeichnung bekommen. Alles über das Projekt und das Siegel „Gewohnt gut“ ab Seite 10.

Beispiel 4: Wir reden über bezahlbares, klimagerechtes Wohnen, wie es die Beispiele 1 bis 3 zeigen. In Berlin steht nun am 26. September ein Volksentscheid an. Das Ziel: Alle Wohnungsunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen zu enteignen. Betroffen wären davon auch 29 Berliner Genossenschaften, die zum Teil seit über 130 Jahren nicht nur bezahlbares Wohnen angeboten haben, sondern ihren Mitgliedern auch ein mitbestimmendes und sicheres Wohnen heute noch anbieten. Lesen Sie hierzu auch ein Gutachten, das der BBU zu diesem Thema in Auftrag gegeben hat. Ab Seite 4.

Aber bringt uns die Enteignung denn auch die notwendigen klimagerechten, bezahlbaren Wohnungen im Bestand oder durch Neubau, die die Initiatoren des Entscheids fordern?

Das sicher nicht. Das Land Berlin müsste erstmal an sich selbst denken, nämlich Kitas, Schulen und Rathäuser klimaneutral umbauen, das bedingt auch eine Digitalisierung der Gebäude und der Bewirtschaftung. Und dann heißt enteignen auch entschädigen. Hier müsste das Land Berlin einschließlich der Genossenschaften, 57 Milliarden Euro Entschädigung zahlen. Bei einer aktuellen Schuldenlast im Landessäckel von 59 Milliarden Euro kaum machbar. Hinzu kämen dann noch die Kosten für das bezahlbare Wohnen, dass ja ohne Klimaschutzmaßnahmen nicht machbar ist. Wie eine Berliner Lösung ohne Enteignung aussehen könnte, zeigt das Klimakonzept der Deutsche Wohnen, die ja auch ganz oben auf der Enteignungs-Liste steht. [Hier per KLICK zum PDF](#)

Übrigens, auch Franziska Giffey, Berliner SPD-Vorsitzende und Spitzenkandidatin für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin, lehnt bei einer Rede letztes Wochenende, Enteignungen klar ab. Sie wolle andere Mittel nutzen: wie u.a. jährlich 20.000 neue bezahlbare Wohnungen bauen, Umsetzungen der Mietpreiskontrolle und die Genossenschaften stärken.

September 2021 - die neue Energie-Ausgabe mit vielen neuen Anregungen, Klicken Sie mal rein.

Ihr
Gerd Warda